

Das Wunder des Roten Wien –

Ursprünglich hätte dieses Buch ein kleiner Führer durch Wiens Architektur der Zwischenkriegszeit werden sollen; ein schlankes Fotobändchen mit Kurzbeschreibungen der kommunalen Wohnbauten. Die Gemeindebauten des Roten Wien – das war (und ist) das eigentliche Kernthema des Buches. Die Arbeit daran hat mir aber eine ganze Welt eröffnet, einen Blick in eine viel zu kurze Epoche, in der trotz eines verlorenen Weltkrieges, trotz eines untergegangenen Großreiches Wien ein letztes Mal in all seiner Kreativität weit über die neuen, zu engen Grenzen strahlte.

Das Rote Wien – das ist ein „langes Jahrzehnt“ von 1919 bis 1934, ein Jahrzehnt, das ganz Europa eine unglaubliche Erneuerungswut aufzwang. Les années folles, the roaring twenties, die wilden Zwanziger... Überall wurden alte Konventionen überwunden, Neues probiert. Trotz der neuen Grenzen war die Elite Europas weiterhin bestens vernetzt, war Wien intellektuelles Zentrum eines plötzlich viel zu kleinen Staates. Vor dem ersten Weltkrieg beherrschte ein glanzvolles Dreigestirn an Städten – Wien, Prag, Budapest – die Mitte des Kontinents, eingebettet in einen Wirtschaftsraum, der stärker integriert war als die heutige Europäische Union. Nur wenige Jahre später war „Deutschösterreich“ der arme Mann an der Donau, in dem die politischen Lager nur Misstrauen für Andersdenkende übrig hatten.

Der viel zu schwache Staat leugnete sich von Beginn an selbst, die ungeübten Schritte in eine Demokratie, deren Meinungsverschiedenheiten gewalttätig auf der Straße ausgetragen wurden, führten schlussendlich in eine Sackgasse. Gleichzeitig inspirierte die verarmte Metropole Literaten wie Stefan Zweig, Egon Erwin Kisch und Anton Kuh. Es war die Stadt von Genies wie Franz Kafka, Robert Musil, Karl Kraus und Arnold Schönberg, aber auch milliardenschwerer Emporkömmlinge und schillernder Glücksritter wie Camillo Castiglioni. Franz Werfel buhlte um Alma Mahler, Sigmund Freud erforschte die Träume; Jet-Set neben bitterster Armut, die goldene Zeit der Operette, aber auch einer Tante Jolesch, der Kaffeehäuser und der komischen Käuze wie des legendären Anwalts Dr. Sperber oder Opportunisten wie Helmut Qualtingers „Herr Karl“.

All diese Gegensätze, all diese Reibungsflächen, Verwerfungen wurden bei der Arbeit an diesem Buch deutlich, und immer wichtiger schien es mir, den Zeitgeist zu transportieren, in den die Leistungen des Roten Wien entstanden, eingebettet „zwischen Wirtschaftskrise und Art déco“.

Wenn wir heute Nachrichten lesen, ist uns nicht bewusst, wie wichtig eine einzelne Meldung tatsächlich ist. Erst im Rückblick wird deutlich, wie sehr oder wie wenig ein Regierungswechsel, ein Grenzkonflikt oder ein lokales Ereignis tatsächlich die Geschichte bestimmt. Die Mondlandung war seinerzeit eine Weltsensation, ist aber im Grunde bedeutungslos geblieben; als 1990 die Universität Wien Österreichs erste Internetverbindung aufbaute, blieb das hingegen von den Massenmedien unbemerkt. Im „Tagebuch der Republik“ habe ich daher versucht, die Dinge etwa aus dem Blickwinkel zu umreißen, den die Menschen damals hatten – nicht in einer Rückschau mit dem Wissen von heute, sondern in der Folge von Wichtigem und Unwichtigem, wie es die Zeitungen auch in unserer Zeit füllt.

Das Ende der Monarchie markierte teilweise auch einen Generationenwechsel in der Architektur. Otto Wagner hatte Wiens Aufbruch in die Moderne definiert – nun traten seine Schüler an, das Stadtbild zu verändern. Viele der Architekten des „Roten Wien“ studierten bei Wagner, dessen städtebauliche Ideen der unbegrenzten Großstadt mit den romantischen Vorstellungen Camillo Sittes in Widerspruch standen. Beide Denkrichtungen fanden bei den Großprojekten der damaligen Zeit ihren Niederschlag, so trifft man auf extremes Pathos ebenso wie auf romantische Kleinstadtstrukturen. Um die Vielfalt der Auffassungen und Denkrichtungen zu zeigen, habe ich in diesem Band die Großanlagen mit mehr als 1.000 Wohnungen ebenso beschrieben wie die Lebensläufe der Architekten, die sie schufen.

Vor allem in der Anfangszeit konkurrierte das Konzept von Gartensiedlungen mit dem von Großbauten; die Siedlungsbewegung kann in einer Beschreibung des Roten Wien daher nicht unerwähnt bleiben.

Manche Laufbahn endete 1934 mit dem Verbot der Sozialdemokratie abrupt, einige Architekten verwirklichten aber im dann folgenden Ständestaat ebenso weitere Projekte wie unter der nationalsozialistischen Stadtregierung oder sogar in der Nachkriegszeit. Auch das demokratische Wien nahm die Herausforderung wieder an, kostengünstigen Wohnraum zu schaffen; eine kurze Übersicht der Entwicklung bis zur Jahrtausendwende führt in unser heutiges, buntes Wien, in dem die politischen Verwerfungen der Zwischenkriegszeit weitgehend vergessen sind.

Immer wieder wird der Soziale Wohnbau Wiens mit den Niederlanden, mit der Amsterdamer Schule verglichen. Bilder von dort ergänzen diesen Band daher ebenso wie ein kurzer Blick auf andere Arbeiterwohnhäuser in Österreich und Europa.

Beim Fotografieren in den Gemeindebauten der Stadt bemerkte ich, dass auf meinen Bildern der Außenbereiche der Häuser wesentliches fehlt: Die Menschen, die heute in den mit Geschichte aufgeladenen Bauten des Roten Wien leben. Ein Blick in einige Wohnungen bildet daher den Abschluss der kleinen Reise durch das Wunder des Roten Wien.

Der zweite Band der Edition, „Aus den Mitteln der Wohnbausteuer“, führt auf 15 Spaziergängen durch die Bezirke der Stadt und zeigt die Architektur der Epoche in ihrer ganzen Vielfalt.

Harald A. Jahn

*1963 geboren, beschäftige ich mich seit meinem 15. Lebensjahr mit Stadtplanung, Architektur und Fotografie. Nach Arbeiten im Bereich Design, Film-ausstattung und Innenraumgestaltung wandte ich mich um 1990 intensiver der Fotografie zu. Seit dieser Zeit entstanden zahlreiche Publikationen zu Wien-, Verkehrs- und Architekturthemen, Reiseführer, Bildkalender sowie Veröffentlichungen in Fachzeitschriften: *Jugendstil in Budapest, Das Neue Paris, Sehnsuchtskalender (Harenberg-Verlag); Unbekanntes Wien (Styria); Die Zukunft der Städte (Verkehrsplanung und Urbanismus in Frankreich, Phoibos-Verlag) und vieles mehr.**

Website: www.mauerspiel.at (Showcase) und www.viennaslide.com (Bildarchiv)

Foto: Natascha Porbaczy



Wien um 1900



Das Wien der Jahrhundertwende:
Votivkirche,
Franz-Josefs-Kai,
Ringstraße und Parlament

Wien um 1900 – das ist das von der Tourismuswerbung gerne heraufbeschworene Bild einer goldenen Stadt voller Kreativität, in der der Jugendstil blühte und sich die schönen Künste konzentrierten. Natürlich ist dieses Bild so romantisch wie unscharf. 1858 hatte Wien das Korsett der Stadtmauern aufgeschnürt, an deren Stelle die Ringstraße angelegt wurde. Das Bild von Wien wandelte sich damit: Die mittelalterliche Stadt glich von weitem einer Krone auf einem breiten grünen Samttapet – die moderne Großstadt war ein kompakter, grauer Stadtkörper mit einer Unzahl an herausragenden Fabrikschornsteinen. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten entstand ein Häusermeer, in dem das Band der Ringstraße eingebettet war. Wien war die Hauptstadt der Monarchie – und damit des größten Landes Westeuropas.

Die Anziehungskraft auf Zuwanderer aus allen Teilen des Reichs war enorm, und aus dieser Vielvölkermischung, aber auch aus den sozialen Unterschieden – vom böhmischen Wäschermädel bis zum jüdischen Großbürgertum – entstand die kreative Atmosphäre, mit der sich die Stadt heute so gerne schmückt. Die Bevölkerungszahl stieg vor dem Ersten Weltkrieg auf zwei Millionen, die Stadtplaner träumten von der „unbegrenzten Großstadt“. Unbegrenzt war aber vor allem die Tristesse der Massenquartiere, in denen die Arbeiterschaft unter schlimmsten Bedingungen hauste. *„Es war die beste aller Zeiten und es war die schlechteste aller Zeiten“* – A Tale of Two Cities, aber die beiden Städte existierten am selben Ort. Wien vereinte kaiserliche Pracht und größte Not, war Leben in den prunkvollen Ringstraßenpalais und in den Kanalschächten, war Zentrum Europas und Moloch.

Zur Jahrhundertwende wird die Stadt von einem charismatischen Bürgermeister regiert. Karl Lueger ist es, und sein politisches Fundament ist christlich-sozial, deutschnational und antisemitisch – die Folgen der letzten beiden Strömungen werden Europa jahrzehntelang betreffen.

Lueger wird 1844 geboren, zu einer Zeit, als Wien noch von Stadtmauern umgeben ist und die Donau in einer Vielzahl von Mäandern den Nordosten der Stadt umspült; die erste Eisenbahn Österreichs puffte erst einige Jahre zuvor durchs Marchfeld, der spätere Kaiser Franz Joseph I. war gerade 14 Jahre alt. Die biedermeierliche Stadt ist von Stadtmauern und einem freien Schussfeld – dem Glacis – umgeben, in den Vorstädten leben die Menschen in dörflichen Häusern. 1858 ändert sich das: Die Befestigungsanlagen fallen, auf dem Glacis entsteht die Ringstraße mit ihren Prachtbauten. Absolut nicht prächtig sind aber die Arbeiterwohnhäuser, die das romantische Alt-Wien in den Vororten verdrängen: Die Industrialisierung spült die Menschen in die Stadt, sie werden in schnell hochgezogene Zinskasernen gepfercht, in denen sie den oft nicht nur finanziellen Launen der Hausbesitzer ausgeliefert sind. 1870 zählt Wien eine Million Einwohner, die Infrastruktur kann mit dem Wachstum nicht mithalten, und doch gilt die Stadt neben Paris als die bedeutendste des Kontinents. In dieser Zeit erreicht Wien seinen Zenit: Es ist das Zentrum eines europäischen Großreiches mit 54 Millionen Einwohnern, Regierungssitz einer

Jahrhunderte alten Monarchie und Brennpunkt der Sehnsüchte für die Künstler von Österreich-Ungarn. Die Ringstraße ist bereits angelegt, die Palais und Prachtbauten in unterschiedlichen Fertigstellungsstadien – in ganz Wien wird gebaut, die Gründerzeit ist an ihrem Höhepunkt, die Stadt erlebt einen noch nie dagewesenen Boom. Die Bauordnung unterstützt das: Von Denkmalschutzgedanken unbeeinträchtigt werden alte Viertel ausradiert, die Neubauten nützen die Grundstücke maximal aus, mit einer Dichte von bis zu 85% und einer geschickten Umgehung der vorgeschriebenen Stockwerkanzahl mittels Hochparterre, Mezzanin, „Unterteilung“ und Dachgeschoss.

Zu dieser Zeit promoviert Karl Lueger zum Doktor der Rechtswissenschaften; ab 1874 führt er seine eigene Kanzlei, wird „Anwalt der kleinen Leute“. Dann geht er in die Politik, wird Gemeinderat. Beim Zusammenschluss von Christlich-sozialen und Deutschnationalen zu einer Wahlgemeinschaft entsteht eine klerikal geprägte Partei, die die Antwort auf die Probleme des Kleingewerbes in einer Lösung der „Judenfrage“ sieht. Lueger wird Anführer der Gemeinschaft, gründet 1893 die christlich-soziale Partei, die sich zum Antisemitismus bekennt; Zielgruppe ist das Kleinbürgertum, der kleine Handwerker, der Mittelstand.

1897 wird Lueger Wiener Bürgermeister – nach mehreren Anläufen des Gemeinderats, Kaiser Franz Joseph verweigert mehrmals seine Zustimmung, da er dem antisemitischen Demagogen Lueger misstraut und die Gleichberechtigung der Bürger nicht gewährleistet sieht. Nach seiner schlussendlichen Angelobung löst Lueger einen gewaltigen Modernisierungsschub bei der Infrastruktur aus.

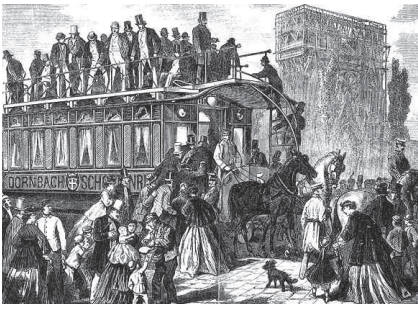
Strukturen aus dem Biedermeier für die Weltstadt des Fin de Siècle

1862 überflutete die Donau die tiefer gelegenen Teile der Stadt, in die stockenden Konzepte einer hochwassersicheren Regulierung kommt daraufhin Bewegung. Mit Hilfe der französischen Baufirma Castor, Couvreur et Hersent, die auch den Suezkanal erbaut hatte, wird nun der Hauptarm begradigt, ein Überschwemmungsgebiet angelegt. 1875 wird das Projekt fertiggestellt, der Donaukanal als stadtnächster Arm wird aber nur teilweise ausgebaut und versandet zeitweise.

Ein weiteres Problem ist der Wienfluss: Gesäumt von Industriebetrieben ist er eine stinkende Kloake, die sich durch die Stadt zieht und bei Unwettern häufig Überschwemmungen verursacht – Cholera- und Typhusepidemien sind die Folge.

Städtische Schlüsselstrukturen wie Versorgung und Verkehr sind problematisch: Die Wasserversorgung durch Hausbrunnen, die veraltete Albertinische und die Kaiser-Ferdinands-Wasserleitung entsprechen den Anforderungen der wachsenden Stadt nicht, auch die 1873 fertiggestellte I. Wiener Hochquellenwasserleitung bleibt leistungsmäßig hinter den Erwartungen zurück.

1865 fährt die erste „Glöckerlbahn“ von der Votivkirche Richtung Dornbach – eine Pferdebahn entlang der Alser Straße und Hernalser Hauptstraße. Sie ist die erste des Liniennetzes der „Wiener Tramway-



gesellschaft“ und bald berüchtigt: Die Tramwaykutscher leiden unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen bei jedem Wetter, Dienstzeiten bis zu 16 Stunden täglich und persönlicher Verantwortung für die Fahrzeuge. Auch bei den Fahrgästen ist die Unzufriedenheit groß: Die Wagen sind veraltet, die Züge unpünktlich und überfüllt, die Fahrpreise hoch. Im April 1889 streikt das Personal, der sozialdemokratische Journalist Victor Adler unterstützt die Tramwaykutscher publizistisch – mit Erfolg: Die ärgsten Schikanen werden abgestellt, die Dienstzeiten auf ein damals normales Maß begrenzt. Ein Konkurrenzbetrieb entsteht wenig später mit der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft“, die sich vor allem Strecken am und außerhalb des Gürtels widmet.



Die Gasversorgung liegt in den Händen der Imperial Continental Gas Association, die durch Aufkäufe der Konkurrenz das Gasgeschäft monopolistisch betreibt. Auch hier, ähnlich wie bei der Tramway: hohe Preise, unzuverlässige Versorgung.



Das größte aller Probleme ist aber die Situation der Arbeiter. Die Zuwanderung aus der Provinz überschwemmt die ohnehin überbevölkerten Arbeiterviertel. In den menschenunwürdigen, viel zu kleinen, massiv überbelegten, unhygienischen und lichtarmen Wohnungen entsteht ein System von Untermietern und „Bettgehern“: Sie schlafen in Schichten, teilen sogar den Schlafplatz mit anderen.



Die Wohnungspolitik dieser Zeit ist praktisch völlig passiv. Der Druck auf den Wohnungsmarkt war zwar gewissen Wellen ausgesetzt – nach dem großen Börsenkrach von 1873 ließ der Zuzug beispielweise etwas nach – trotzdem ist die öffentliche Meinung davon überzeugt, der freie Markt würde alles von selbst regeln. Nur in geringstem Ausmaß beteiligt sich die Gemeinde an einer Gesellschaft, die gerade mal 250 Notwohnungen bereitstellt; Projekte wie die Jubiläums-Stiftungshäuser (S. II/198) bleiben Einzelfälle. Die 1913 gegründete Magistratsabteilung für städtische Wohnungsfürsorge war mit einem Vorstand und einem einzigen Beamten geradezu zynisch gering besetzt – die Abteilung widmet sich in Folge vor allem der Vermittlung von Ferienwohnungen. Diese Situation ist besonders grotesk, da die Einnahmen der Stadt zu dieser Zeit zu zwei Dritteln aus den Steuern auf Mieten bestehen!



Es ist ein entfesselter, liberalisierter Extremkapitalismus, der die kleinen Handwerksbetriebe der Konkurrenz der neuen Industrien ausliefert, und die Arbeiter dem Moloch der maschinellen Produktion – Strukturen, die man heute aus Ländern des Fernen Ostens kennt.

Luegers Gemeindesozialismus

Der Antisemitismus von Luegers Wahlreden bleibt theoretisch, die Modernisierung der veralteten Strukturen wird dagegen sofort mit großer Energie begonnen. Luegers Ansatz lautet: „Was im öffentlichen Interesse steht, soll öffentlich verwaltet werden!“ Wichtig dabei: die Kontrolle der Preise durch die Gemeinde.

Der Vertrag mit der ICGA, dem englischen Gasmonopolisten, wird auf Luegers Betreiben 1896 nicht mehr verlängert und läuft 1899 aus. Die

*Oben: Pferdetramway und Streik der Tramwaykutscher (Foto: Wiener Linien)
Unten: Wohnungselend (Foto: VGA)*

Stadt erhält zwar vorerst keinen Kredit für den Aufbau eines eigenen Versorgungssystems, allerdings springt die Deutsche Bank mit einem Angebot zur Finanzierung ein, das mit der Elektrifizierung der Tramway durch Siemens & Halske verknüpft ist. In nur drei Jahren entstehen nun das gewaltige Gaswerk Simmering und ein Rohrleitungsnetz von 700 Kilometern Länge, einige Jahre später das Gaswerk Leopoldau.

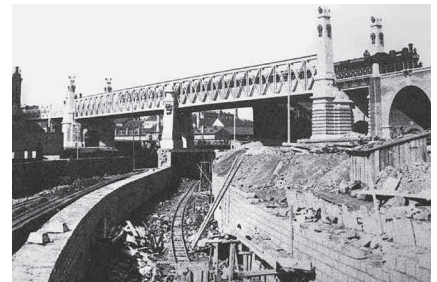
Auch bei der Stromversorgung gibt es Handlungsbedarf. In diesem Fall werden die privaten Versorger aber aufgekauft, modernisiert und ausgebaut – damals stand im ersten Bezirk noch ein privates Dampfkraftwerk!

Die Privatisierung und Elektrifizierung der Straßenbahn verläuft ebenso zügig, bereits 1903 wird die letzte „Glöckerbahn“ feierlich verabschiedet. Mit Ingenieur Ludwig Spängler findet Lueger einen kongenialen Partner für den Aufbau des Verkehrsnetzes – Spängler bleibt bis 1930 ungeachtet aller politischen Veränderungen im Amt und baut als Direktor das Netz zu einem der größten der Welt aus.

Ebenfalls in Luegers Zeit fällt der Bau der Stadtbahn, die aber von ihm nicht goutiert wird. Es ist ein Projekt der staatlichen Eisenbahn, geplant auch aus militärischen Überlegungen. Als innerstädtisches Verkehrsmittel ist sie nur bedingt geeignet und schon bei ihrer Errichtung veraltet: Die konservative Staatsbahn setzt auf Dampftrieb, eine durch die zahlreichen Stationen und starken Steigungen mitten im Stadtgebiet sehr störende Antriebstechnik – in Paris werden zur selben Zeit bereits die ersten Métro-Linien fertiggestellt! Zusammen mit der Stadtbahn werden der Wienfluss reguliert und die Hygieneprobleme der angrenzenden Bezirke mit neuen parallelen Hauptsammelnkanälen – auch entlang des Donaukanals – beseitigt. Zwischen Hietzing und dem Stadtpark ist das Profil für eine Einwölbung vorbereitet, abgesehen von einem kurzen Stück beim Gürtel verschwindet der Fluss aber nur zwischen der Hamburgerstraße und dem Stadtpark aus dem Stadtbild – die hier geplante Prachtstraße kommt über einige Häuser beim Naschmarkt nie hinaus.

Auch Luegers wichtigstes Werk fällt in den Bereich Wasserbau: Die zweite Hochquellenwasserleitung ergänzt die einige Jahrzehnte zuvor angelegte und stellt endlich ausreichende Versorgung mit Quellwasser höchster Qualität sicher – bis heute. Mit dieser Leitung wurden auch hygienische Einrichtungen möglich: In einer Zeit, in der den Menschen geraten wurde, wenigstens einmal pro Woche zu baden, kann die Stadt mit den öffentlichen Badeanstalten, den „Tröpferlbädern“, nun die Möglichkeit dazu eröffnen. Aber auch abseits der technischen Großprojekte weiß Lueger, was die Stadt braucht: „Wo in Wien ein Platz für einen Baum ist, da will ich, dass einer gepflanzt wird!“. Von den neu geschaffenen Parks dieser Zeit profitiert die Stadt genauso bis heute wie vom damals durchgesetzten Schutz des Wienerwaldes.

Im Sozialbereich fällt die Errichtung von Krankenhäusern und Versorgungsheimen für Waisenkinder und alte Menschen in Luegers Zeit; dazu kommt eine große Zahl von neuen Schulbauten und materielle Hilfe (Lehrbehelfe) für bedürftige Schulkinder: Lueger verdoppelt die Zahl der Schulen während seiner Amtszeit. Abgesehen von diesen



*Wientallinie in Bau
Stadtbahnbrücke über den Wienfluss
(Richard Harlfinger)*

konkreten baulichen Leistungen veranlasst Lueger aber auch die Gründung der Wiener Städtischen Versicherung zur kostengünstigen Absicherung der Wiener Arbeiter und Angestellten, weiters eines Wohnungsamtes sowie die städtische Bestattung. Zur Umgehung der Finanzierung über private Geldgeber entsteht 1907 die Zentralsparkasse.

Alles eitel Wonne also? Nein. Die Kehrseiten von Luegers durchaus selbstherrlicher Regentschaft mögen von den baulichen Leistungen überstrahlt sein, seine scharfe Opposition zur Sozialdemokratie vertieft die Gräben zwischen den Lagern bis zur Unversöhnbarkeit. Sein Antisemitismus schafft ein Feindbild, das Österreich jahrzehntelang prägt, den zu der Zeit in Wien wohnenden Hitler zum Judenhasser macht: Er hält Lueger für den „größten deutschen Bürgermeister aller Zeiten“. Die Besetzung der Posten erfolgt nach politischer Überzeugung. Die Infrastrukturprojekte werden auf Kredit gebaut, Lueger hinterlässt hohe Verschuldung. Und obwohl Lueger selbst korrekt ist, sogar die Hälfte seiner Bürgermeisterbezüge an einen Sozialfonds abgibt, blüht in seiner Umgebung die Korruption. Das Wahlrecht wird nur halbherzig reformiert und schließt die Arbeiterschaft weiterhin aus. Und das große, das Hauptproblem der Stadt wird überhaupt nicht angefasst: Die Verantwortung für die Linderung der riesigen Wohnungsnot sieht man weiterhin bei den privaten Bauherren, die Arbeiter-Zinshäuser in großem Stil billig hochziehen – Lueger sieht sich als Vertreter der Hausherren.

Nach Luegers Tod 1910 kann die christlich-soziale Partei nicht an seine Erfolge anschließen, auch tritt ab Kriegsausbruch 1914 der Gemeinderat nicht mehr zusammen. Eine „Obmännerkonferenz“ ersetzt ihn während der Kriegszeit und schafft danach einen provisorischen, paritätisch besetzten Gemeinderat. Anfang 1919 nimmt die Diskussion um eine Wahlrechtsreform wieder an Fahrt auf, und bei den ersten freien und allgemeinen Wahlen am 4. Mai kann jeder Wiener und – das ist neu – jede Wienerin über zwanzig Jahren die Stimme abgeben.

Bei dieser Wahl siegen die Sozialdemokraten mit 54%, damit ist der Weg in eine neue Zeit frei: Es ist der Anfang des Roten Wien, und es ist ein unendlich schwieriger Anfang – das Vielvölkerreich ist zerfallen, Wien ist zu große Hauptstadt eines Kleinstaates, dessen Industrie plötzlich hinter Zollschranken im Ausland liegt. Rückflutende Kriegsheimkehrer sind obdachlos, die Lebensmittelversorgung ist ebenso problematisch wie die mit Heizmaterial, die Arbeitslosigkeit katastrophal. Die Stadt ist ebenso verschuldet wie der junge Staat Österreich, der die Kosten für den verlorenen Krieg tragen soll. In dieser Stunde Null, in dieser fast hoffnungslosen Zeit treten die Sozialdemokraten an, ein demokratisches Utopia zu schaffen, das auf Gleichberechtigung und Freiheit der Arbeiterschaft aufgebaut sein soll.

Die Sozialdemokratie vor 1919

Die Situation der Arbeiterschaft Mitte des 19. Jahrhunderts ist vielfältig trist: hohe Arbeitslosigkeit, kein Arbeitnehmerschutz, katastrophale Wohnsituation, schlechtes Einkommen. Es ist die Zeit eines wirtschaftlichen Liberalismus mit extremen Unterschieden zwischen Arm

und Reich. Aus Deutschland kommt die Idee der Arbeiterbildungsvereine – privater Initiativen, die versuchen, den Status der Arbeiter durch Bildung zu verbessern. Gebildete, selbstbewusste Arbeiter, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, sich organisieren – undenkbar für eine Gesellschaft, deren Wohlstand von der Ausbeutung einer rechtlosen Klasse gespeist wird. So werden diese Vereine als politische Einrichtungen, die sozialdemokratischen Ideen folgen, als staatsgefährdend eingestuft und verboten. Trotzdem wird am 8.12.1867 der Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein gegründet – im Gasthaus „Zum Blauen Bock“ auf der Mariahilfer Straße. Der Saal ist bis heute erhalten und wird nun als „Stadtsaal“ mit Kabarettproduktionen bespielt. 1870 kommt es zu einer Gesetzesänderung, die die Gründung von politischen Organisationen ermöglicht, und rasch entstehen etliche Arbeiterbildungs- und Gewerkschaftsvereine. Die Entwicklung verläuft nicht geradlinig, die Vereine werden von den Behörden nach allen Regeln der Kunst behindert, Zeitungen und Bücher zensiert oder beschlagnahmt. Die einzelnen Gruppen sind dabei durchaus kein homogener Block, sondern versammeln eine breite Palette von Konzepten, von gemäßigt bis anarchistisch. Dies steht auch einer Parteigründung entgegen, die schon 1874 bei einer Konferenz in Neudörfel im Burgenland diskutiert wurde, bei der man sich aber nicht einigen konnte. Erst zu Jahreswechsel 1888/89 gelingt der Durchbruch, als der Arzt und Journalist Dr. Victor Adler die zersplitterten Gruppen versöhnt: Es wird der Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Adler ihr erster Vorsitzender. Die Kernaussage der dort formulierten Prinzipien: Der Klassenstaat – und damit das Eigentum der Produktionsmittel in den Händen Einzelner – ist das Grundübel und Schuld an der Massenarmut.



Der heutige "Stadtsaal", der frühere "Blaue Bock"

Victor Adler

1852 geboren ist er um einige Jahre jünger als Lueger und von diesem zu Beginn politisch nicht weit entfernt. Er stammt aus dem Großbürgertum, studiert, wird Arzt. Seine Ordination als Armenarzt befindet sich in der Berggasse 19 – in denselben Räumen, in denen später Sigmund Freud seine psychoanalytische Praxis haben wird. Er ist ursprünglich Anhänger der deutschnationalen Bewegung des Politikers Georg von Schönerer, entfernt sich aber aufgrund seiner sozialen Forderungen von dieser. Auch die antisemitische Grundhaltung Schönerers wird ihm – Adler ist selbst Jude – unerträglich. Adler steckt das Erbe des begüterten Vaters in die Gründung der sozialkritischen Zeitschrift „Gleichheit“, für die er selbst Beiträge verfasst. Seine Reportagen erregen Aufsehen: Er schildert das Elend der Ziegelarbeiter am Wienerberg, die unsäglichen Lebensbedingungen: Sie, die das Material für die glanzvollen Prachtbauten der Ringstraße schaffen, sind die Ärmsten der Armen. Wie Sklaven werden sie in firmeneigenen Massenquartieren gehalten, in engen Räumen, starrend vor Ungeziefer und Schmutz. Die Ziegelgesellschaft lässt sich dafür noch Miete zahlen, die Arbeiter erhalten ihren Lohn in Blechmarken, die nur bei den firmeneigenen Geschäften eingelöst werden können: Das Wort „blechen“ wird Teil des Sprachgebrauchs.



Bild: VGA

Seine Kampagne löst tatsächlich Änderungen aus, Adler wird aber wegen unbefugter Verteilung der Zeitschrift zu einer Geldstrafe verurteilt. Auch die Reportagen über die Probleme der Tramwaykutscher

bleiben nicht folgenlos. Adler bringt die öffentliche Meinung auf die Seite der Ausgebeuteten, die Zeitschrift wird aber eingestellt, Adler zu einer Haftstrafe verurteilt. Er lässt sich nicht beirren: Die Arbeiter-Zeitung tritt die Nachfolge an. Ab 1895 erscheint sie sogar täglich, und ab 1909 wird sie im Vorwärts-Haus an der Wienzeile produziert und gedruckt.

Adlers politisches Konzept ist die Einbindung der radikalen Kräfte; in seinem „demokratischen Sozialismus“ bündigt er sie soweit, dass sie zu einer kontrollierbaren Minderheit innerhalb der Partei werden. 1899 wird der Parteitag in Brünn gehalten, dort fordert die SDAP unter Adler die Umbildung der Monarchie in einen demokratischen Bundesstaat mit gleichberechtigten, autonomen Völkern. Die prinzipielle Anerkennung des Habsburgerreichs macht die Sozialdemokratie zum seriösen Partner; dem linken Flügel der Partei ist das „Brünner Programm“ aber zu konservativ, zu revisionistisch.

Adler wird 1905 in den Reichstag gewählt, dort setzt er sich für das allgemeine Wahlrecht ein; dem Hurra-Patriotismus zu Beginn des Ersten Weltkriegs kann er sich nicht verschließen, eine Ablehnung der Kriegspolitik wäre in der allgemein kriegslüsternden Stimmung von 1914 nicht zu argumentieren. Ab 1916 ändert sich das aber, die Arbeiterschaft leidet mehr und mehr unter dem Krieg, der nicht ihrer ist. 1918 kommt es zum Jännerstreik, der große Teile der Monarchie betrifft. Man war kriegsmüde geworden, sieht den Sinn der Kämpfe, der Verluste, der Entbehrungen nicht mehr ein; die Sozialdemokratie fordert nun den sofortigen Frieden. Auch das am Brünner Parteitag beschlossene Nationalitätenprogramm wird den neuen Gegebenheiten angepasst: Der Auflösung der Monarchie soll ein Anschluss der deutschsprachigen Gebiete an das Deutsche Reich folgen. Nach dem Zusammenbruch des Vielvölkerreichs wirkt Adler noch am Übergang von der alten zur neuen Ordnung, an der Gründung der Ersten Republik mit; er stirbt am 11.11.1918, einen Tag vor der Proklamation des neuen Österreich.

Wien ab 1919 – die „Goldenen Zwanziger Jahre“

Wien um 1900 – das war Jugendstil, Kaiserzeit, Märchenstadt, aber auch „ewige Gegenwart“. Die Monarchie war erstarrt, der Monarch konservativ. Zwanzig Jahre später ist das politische Österreich verstümmelt, das künstlerische Wien aber weiterhin mit ganz Europa vernetzt. Bei aller materiellen Not – das Wien der zwanziger Jahre ist Labor der Avantgarde, alle früheren Werte, Regeln, Grundsätze werden prinzipiell in Frage gestellt. Die Obrigkeit hat jede Glaubwürdigkeit verloren, in allen Bereichen der Kunst werden die bisherigen Regeln zertrümmert. Stefan Zweig beschreibt die Situation in „Die Welt von Gestern“: *„Mit einem Ruck emanzipierte sich die Nachkriegsgeneration brutal von allem bisher Gültigen und wandte jedweder Tradition den Rücken zu, entschlossen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, weg von alten Vergangenheiten und mit einem Schwung in die Zukunft.“* So explodiert die Kreativität trotz und wegen der wirtschaftlichen Not, die Inflation entzieht jede verlässliche Basis. Immer schneller dreht sich das Karussell: *„Eine Epoche begeisterter Ekstase und wüster Schwindelei, eine einmalige Mischung von Ungeduld und Fanatismus. Alles, was extravagant und unkontrollierbar war, erlebte*

goldene Zeiten...“ Die Auflösung der traditionellen Werte wird durch die Entwertung des Geldes potenziert, zieht den Älteren, Konservativen den Teppich unter den Füßen weg, nun gilt: Neu, jung, anders muss es sein – bemerkenswerte Parallelitäten des Zeitgeistes zu 1968, als sich die Studenten als Avantgarde gegen den Mief der 1950er auflehnen. Wilde Tänze lösen die Walzeridylle ab, kubistische, surrealistische, expressionistische, futuristische Malerei feigt die alten Meister von den Galeriewänden, Komponisten wie Schönberg dekonstruieren die Musik – Revolution auf allen Ebenen! Auch die junge Demokratie tastet sich in unsicheres Terrain. Die Monarchie hatte mit ihrer weitverzweigten Struktur dem Boden Halt gegeben wie die Wurzeln eines mächtigen Baumes. Nun erodiert dieser Boden, politische und gesellschaftliche Irrlichter flackern durch die Stadt, von extrem nationalen bis zu anarchistischen oder esoterischen Gruppen.

Die Sozialdemokratie und das Wunder des Roten Wien

Die ersten freien Gemeinderatswahlen hatten der Sozialdemokratie die Mehrheit gebracht – aber wie sieht das Wien aus, das die Volksvertreter nun übernehmen? Anders als nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es keine unmittelbaren Schäden, keine Bombentreffer. Dramatisch ist aber die Versorgungslage und natürlich weiterhin das Wohnungsproblem. Zu Wiens „Kornkammer“ Ungarn gibt es plötzlich ebenso Zollgrenzen wie zu den böhmischen Kohlrevieren; die deutschsprachigen Beamten der Monarchie kehren nun genauso in die Herkunftsgebiete zurück wie die Soldaten der geschlagenen Armee. 1917 hatte die Monarchie als Sicherheit und Motivationsmaßnahme für die eingerückten Soldaten den Mieterschutz verordnet, der Wohnungsmieten auf Vorkriegsniveau einfro. Die private Bautätigkeit war daraufhin zum Erliegen gekommen, Baugründe für die Gemeinde daher billig. Die Wohnungsnot war schon vor Kriegsbeginn groß, im Krieg selbst blieb die Wohnungssituation aber relativ stabil; es gab zwar Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen aus den Grenzgebieten, gleichzeitig aber auch einen Geburtenrückgang. Seit Kriegsbeginn vermehrten sich aber die Diensträume der Verwaltung, darüber hinaus kam es zur Umwidmung von Wohnungen in Büros, vor allem im Stadtzentrum. Jetzt nach dem Krieg erhöht sich der Wohnungsbedarf durch die Rückwanderer aus den deutschsprachigen Gebieten der Nachbarstaaten und die abgerüsteten Soldaten rapide.

Der erste Bürgermeister im republikanischen Wien heißt Jakob Reumann, und er holt sich Spitzenleute in den Gemeinderat: den bisherigen Bankdirektor Hugo Breitner für die Finanzen, den Arzt und Universitätsprofessor Julius Tandler für soziale Fragen, den Schulreformer Otto Glöckel, Robert Danneberg für die Bildungsarbeit. Die Probleme im Nachkriegswien, das unter riesigen Schulden ebenso leidet wie unter Energiemangel, sind vielfältig. Die „Wiener Krankheit“ – Tuberkulose – ist Auswirkung der muffig-feuchten Kleinwohnungen. Notmaßnahmen beherrschen die erste Zeit, fast kommt es zu einem kommunistischen Putsch. Die von den Fronten rückflutenden Kriegsveteranen beginnen mit dem Bau von wilden Siedlungen auf den Brachflächen der Stadt. Seitens der Gemeinde werden bestehende Baracken ebenso zu provisorischen Notquartieren umgebaut wie Räume in Kasernen. Nicht fertiggestellte Rohbauten werden aufgekauft, leerstehende Schulen adaptiert. Bis 1925 gibt es außerdem



Jakob Reumann (Foto: VGA)
Wohnungselend in den Slums von Wien
Die Siedlung Schmelz (Foto: VGA)



Karl Renner (Foto: VGA)

noch die Möglichkeit, freie oder „nicht adäquat“ genutzte Wohnungen vorübergehend zu requirieren.

Zaghafte Anfänge also, aber parallel dazu entwickelt das Stadtbauamt bereits grundlegende Konzepte zur Stadtentwicklung, Grundlagen für die künftigen Arbeiterhäuser. Neben den Notwohnungen entsteht aber auch schon eine erste Siedlung, ein erster echter Neubau: Es ist die Siedlung Schmelz, angelegt um den Mareschplatz, nach Plänen aus der Zeit vor 1918. Zusammen mit den schon früher begonnenen, erst nach dem Krieg fertiggebauten Häusern am Gürtel (Metzleinstaler Hof, S. II/42) und in Meidling (Fuchsenfeldhof, S. 156) sind es die ersten Gemeindebauten der Stadt.

Nun wird eine wichtige Grundsatzentscheidung getroffen, an der trotz vieler Diskussionen festgehalten werden wird: die Bevorzugung von städtischen Wohnblocks gegenüber der Idee der Zersiedelung, der Reihenhäuser. Es ist eine Entscheidung für die „Wohnhöfe“, die in Wien Tradition haben: Die monotonen Teppiche von Gartenstädten nach englischem Muster, die als Scheinidylle eintönig übers Land geworfen wurden, sind den Sozialdemokraten zu bürgerlich. Die Wohnhäuser der Arbeiter sollen die Stadt erobern, nicht ins flache Land gestreut werden. Aber nicht nur ideologische Gründe sind es; eine flächenhafte Zersiedelung zieht hohe Erschließungskosten nach sich, und die verdichtete, durch Grünräume lebenswert gestaltete Stadt der kurzen Wege ist gerade in unserer Zeit, fast hundert Jahre später, wieder Idealbild geworden. Es gibt aber noch ein Hindernis für die flächenfressende Gartenstadt: Die neue Bundesverfassung vom 10.11.1920 legt die beiden neuen Bundesländer Wien und Niederösterreich fest; die vor allem finanziellen Details folgen dann im „Trennungsgesetz“, das am 1.1.1922 wirksam wird und Wien eigene Steuerhoheit bringt. Davor gab es noch vorübergehend andere Pläne: Österreichs erster Kanzler Karl Renner plante ein Bundesland „Groß-Wien“, das vor allem die industrialisierte Agglomeration im weiteren Umkreis umfasst hätte: Ein „Wienerland“, das entlang der Südbahn bis zum Semmering reicht, in manchen Varianten die Industriezone um St. Pölten mit eingeschlossen, im Norden bis Stockerau und im Osten bis zur ungarischen Grenze gereicht hätte. Die Sozialdemokraten wollten den Staat nach den Siedlungsverhältnissen aufgeteilt wissen, nicht nach historischen Bundesländergrenzen. Als allerdings die Koalition mit den Christlich-sozialen zerbricht, sind diese Pläne vom Tisch – und mit ihnen die Zersiedelung, die erst viel später mit der allgemeinen Verfügbarkeit des Automobils einsetzen wird. Wien denkt natürlich nicht daran, im „politischen Feindesland“ Wohnhäuser zu errichten. Wie korrekt die Umriss des angedachten „Wienerlandes“ um 1920 eingeschätzt wurden, zeigt der heutige Siedlungsteppich nach amerikanischem Muster, der wegen der nicht vorhandenen Abstimmung der Raumplanung genau diese Regionen in einen ortlosen „Speckgürtel“ verwandelt hat.

Hugo Breitner und die Wohnbausteuer

Für die Gemeinde hat die Trennung von Niederösterreich aber eine noch wichtigere Folge: Als selbstständiges Bundesland kann sie die Steuern nun selbst gestalten, und Hugo Breitner macht von der neuen Möglichkeit üppig Gebrauch. Bisher wurden vor allem indirekte

Steuern – auf Strom, Gas, Straßenbahnfahrtscheine – eingehoben, diese Betriebe waren damit hochlukrativ. Die bisherige Mietzinssteuer benachteiligte die ärmeren Schichten massiv, sie betrug einheitlich 8¼ Heller pro Krone Mietzins. Sie finanzierte 1913 zwar noch zur Gänze den Personalaufwand der Stadt, widerspricht aber völlig den sozialdemokratischen Prinzipien. Breitner schafft diese Steuer ab und führt zunächst eine 20-prozentige Mietzinssteuer ein, die nur auf die obersten 20% der Mieten angewendet wurde. Diese ist aber noch nicht ertragreich genug, so entwickelt er zusammen mit Robert Danneberg die am 1.2.1923 eingeführte Wohnbausteuer – das zentrale Instrument für die Finanzierung der so dringend notwendigen Wohnhausneubauten. Sie ist extrem gestaffelt und für den Wohnbau zweckgebunden. Berechnet wird sie nach dem Mietzins von 1914; der Großteil der Wohnungsmieten wird dabei mit 2% sehr gering belastet, die teuersten Wohnungen erbringen aber nun fast die Hälfte der gesamten Steuerleistung!

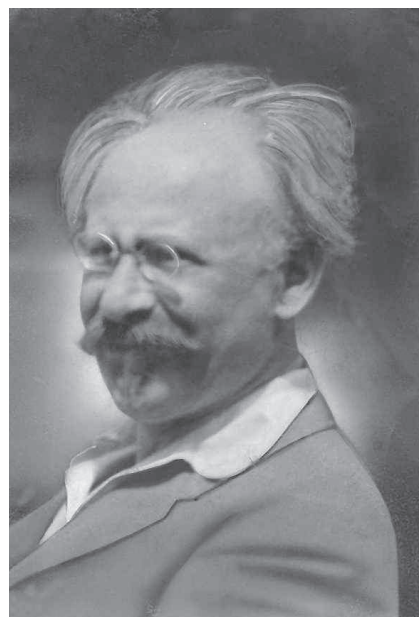
Das neue Steuersystem besteht aus einer ganzen Gruppe weiterer Belastungen, die fast ausschließlich die Mittel- und vor allem Oberschicht treffen – Fürsorgeabgabe, Lustbarkeitssteuer auf Theater-, Konzert- oder Tanzveranstaltungen, Genussmittelabgabe auf die Konsumation in besseren Kaffeehäusern und Restaurants, Kraftwagenabgabe oder Hauspersonalabgabe bringen die Opposition zur Weißglut und Breitner unter massiven Beschuss.

Gleichzeitig werden aber die Kosten für Strom, Gas, Wasser und Straßenbahnfahrtscheine gesenkt, die Betriebe müssen nun nicht mehr gewinnorientiert wirtschaften – der Stromtarif kann so auf die Hälfte reduziert werden. Insgesamt schafft die Gemeinde mit der neuen Finanzstruktur von Anfang an ein ausgeglichenes Budget, ohne dafür Auslandskredite aufnehmen zu müssen.

1923 ist ein Schlüsseljahr: Es ist der eigentliche Beginn des Roten Wien, mit der Einführung der Wohnbausteuer zu Anfang des Jahres und mit einem Gemeinderatsbeschluss am 21. September: Nicht weniger als 5.000 neue Wohnungen will die Sozialdemokratie ab jetzt jedes Jahr bauen, modern, hell und luftig, hygienisch, mit eigenem Wasseranschluss und Toilette – und diese Zahlen sollen schlussendlich sogar noch übertroffen werden.

Das Wohlfahrtswesen des Dr. Julius Tandler

Das Wiener Allgemeine Krankenhaus war im 19. Jahrhundert das wichtigste medizinische Forschungszentrum der Monarchie; die dort praktizierenden Ärzte begründeten den Ruf der „Wiener Schule der Medizin“. Zur Jahrhundertwende gehört Wien im Bereich der medizinischen Forschung und Lehre zur Weltspitze. Julius Tandler ist Teil dieser Gruppe von Ärzten, die für den guten Ruf Wiens verantwortlich sind. Er hat ein gesamtheitliches Menschenbild, sieht die Aufgabe der Ärzte nicht nur im Heilen, sondern auch im Vorbeugen. Er sieht die Ursache vieler zeittypischer Krankheiten in den Lebensumständen der Betroffenen, beschäftigt sich mit sozialen Fragen – und schließt sich der Sozialdemokratie an. 1920 wird er Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen und damit für einen Bereich verantwortlich,



Hugo Breitner (Foto: V&A)



Julius Tandler (Foto: V&A)



Inscription an der Kinderübernahmestelle



Tuberkulosepavillon im Krankenhaus Lainz



Kinderfreibad Ruckergasse (Foto: VGA)



dessen Bauten das Stadtbild zwar weniger auffällig prägen, dessen Wirksamkeit dem Wohnbau aber ebenbürtig ist.

In einer Zeit, in der die Säuglingssterblichkeit 25% beträgt (heute liegt sie in Österreich im niedrigen Promillebereich, nur in wenigen Entwicklungsländern über 10%), ist Tandlers Ausspruch wegweisend: „Kein Wiener Kind darf auf Zeitungspapier geboren werden.“ Jungfamilien werden von der Jugendfürsorge betreut und beraten, ab 1927 erhält jede Mutter ein kostenloses „Säuglingswäschepaket“, persönlich überbracht durch eine Fürsorgerin – so kann auch gleich unauffällig die Familiensituation beurteilt werden. Die Opposition versucht die Aktion als „Wahlwindeln“ zu verunglimpfen; 1934 wird sie von den Austrofaschisten eingestellt, nach dem 2. Weltkrieg aber wieder eingeführt, es gibt sie bis heute. Auch die Betreuung der etwas älteren Kinder ist ein wichtiges Element des sozialdemokratischen Konzepts: Kindergarten und Jugendhort stehen in den großen Gemeindebauten an den schönsten, sonnigsten Plätzen. Für Kinder in schwierigen Familienverhältnissen entsteht die „Kinderübernahmestelle“ in der Lustkandlgasse (S. II/216). „Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder“ – dieser Spruch von Tandler wird zum zentralen Grundprinzip der Kinder- und Jugendbetreuung.

Spitäler entstehen oder werden von der Gemeinde übernommen, der Patient wandelt sich vom Bittsteller zum Anspruchsberechtigten. Besonders im Fokus steht die Jugendbetreuung: Schulzahnkliniken werden eröffnet, Hygiene im Unterricht vermittelt, Schulärzte eingesetzt.

Die feuchten Altbauwohnungen sind so typisch für die Stadt, dass eine Infektion sogar als „Wiener Krankheit“ bezeichnet wird: Tuberkulose, eine ansteckende Lungenkrankheit, die in den überbelegten Arbeiterquartieren ideale Bedingungen vorfindet und heute mit Antibiotika behandelt werden kann. Die Sterblichkeitsrate ist gegen Ende des Krieges in Wien doppelt so hoch wie in Berlin, 1.000 Menschen erliegen der Krankheit monatlich. Ab 1919 errichtet die Gemeinde mehrere Tbc-Fürsorgestellen und erhöht die Bettenzahl für Tbc-Kranke, Ende der 1920er Jahre folgt der hochmoderne Tbc-Pavillon im Krankenhaus Lainz. Die verbesserten Wohnverhältnisse und Kuren reduzieren die Sterblichkeit deutlich. Auch in die Stadtstruktur wird eingegriffen: Bäder werden errichtet – nicht nur repräsentative Großbauten wie Kongress-, Ottakringer- oder Amalienbad (S. II/86), sondern auch zahlreiche kleine Kinderfreibäder und Planschbecken in den Höfen der Gemeindebauten, dazu Sportplätze und Turnsäle und als größtes Projekt das Praterstadion mit dem daneben liegenden Stadionbad.

Die Betreuung durch die Gemeinde ist umfassend und reicht bis zum Tod. Die gemeindeeigene Bestattung führt gegen den Widerstand der konservativen Christlich-sozialen und gegen den Protest der katholischen Kirche die Feuerbestattung ein und errichtet nahe dem Zentralfriedhof ein Krematorium (S. II/146). Die Auflassung historischer Friedhöfe ermöglicht die Öffnung von neuen Grünflächen wie dem Waldmüller- oder Schubertpark, zahlreiche Parkanlagen werden vergrößert oder neu geschaffen.